

utb.

Sauer | Wabnitz | Fischer

# Grundkurs Existenzsicherungs- recht für die Soziale Arbeit

2. Auflage

## **Eine Arbeitsgemeinschaft der Verlage**

Brill | Schöningh – Fink · Paderborn

Brill | Vandenhoeck & Ruprecht · Göttingen – Böhlau Verlag · Wien · Köln

Verlag Barbara Budrich · Opladen · Toronto

facultas · Wien

Haupt Verlag · Bern

Verlag Julius Klinkhardt · Bad Heilbrunn

Mohr Siebeck · Tübingen

Narr Francke Attempto Verlag – expert Verlag · Tübingen

Ernst Reinhardt Verlag · München

transcript Verlag · Bielefeld

Verlag Eugen Ulmer · Stuttgart

UVK Verlag · München

Waxmann · Münster · New York

wbv Publikation · Bielefeld

Wochenschau Verlag · Frankfurt am Main



Jürgen Sauer · Reinhard J. Wabnitz · Markus Fischer

# **Grundkurs Existenzsicherungsrecht für die Soziale Arbeit**

Mit 9 Tabellen, 49 Übersichten, 14 Fällen und Musterlösungen

2., aktualisierte Auflage

Ernst Reinhardt Verlag München

Prof. Dr. jur. *Jürgen Sauer*, Prof. Dr. jur. Dr. phil. *Reinhard Joachim Wabnitz* und Prof. Dr. jur. *Markus Fischer* lehren Recht am Fachbereich Sozialwesen an der Hochschule RheinMain, Wiesbaden.

Außerdem im Ernst Reinhardt Verlag erschienen:

- Wabnitz, Fischer, Sauer, Grundkurs Bildungsrecht für Pädagogik und Soziale Arbeit, 1. Auflage 2015  
(UTB-Bestellnummer 978-3-8252-4350-0)
- Wabnitz, Grundkurs Recht für die Soziale Arbeit, 5. Auflage 2020  
(UTB-Bestellnummer 978-3-8252-5386-8)
- Wabnitz, Grundkurs Kinder- und Jugendhilferecht für die Soziale Arbeit, 6. Auflage 2020  
(UTB-Bestellnummer 978-3-8252-5384-4)
- Wabnitz, Grundkurs Familienrecht für die Soziale Arbeit, 5. Auflage 2019  
(UTB-Bestellnummer 978-3-8252-5314-1)

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

UTB-Band-Nr.: 4673

ISBN: 978-3-8252-5739-2 (Print)

ISBN: 978-3-8385-5739-7 (PDF-E-Book)

ISBN: 978-3-8463-5739-2 (EPUB)

2., aktualisierte Auflage

© 2021 by Ernst Reinhardt, GmbH & Co KG, Verlag, München

Dieses Werk einschließlich seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne schriftliche Zustimmung der Ernst Reinhardt, GmbH & Co KG, München, unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen in andere Sprachen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Printed in EU

Einbandgestaltung: Atelier Reichert, Stuttgart

Satz: ew print & medien service GmbH, Würzburg

Ernst Reinhardt Verlag, Kemnatenstr. 46, D-80639 München

Net: [www.reinhardt-verlag.de](http://www.reinhardt-verlag.de) E-Mail: [info@reinhardt-verlag.de](mailto:info@reinhardt-verlag.de)

# Inhalt

<b>Abkürzungsverzeichnis</b> .....	12
<b>Einleitung</b> .....	15
<b>1 Existenzsicherungsleistungen im System der sozialen Sicherung</b> .....	17
1.1 Gegenstand und Aufgaben des Sozialrechts .....	17
1.1.1 Aufgaben nach dem SGB .....	17
1.1.2 Soziale Rechte .....	18
1.1.3 Die Inhalte des SGB .....	19
1.2 Die Bücher des Sozialgesetzbuchs (SGB) und dessen Strukturprinzipien .....	20
1.2.1 Strukturprinzipien des Sozialrechts .....	20
1.2.2 Die Gesetze der Sozialversicherung .....	21
1.2.3 Die Gesetze der Fürsorge und Förderung .....	21
1.3 Existenzsicherungsleistungen nach dem SGB II (Grundsicherung für Arbeitsuchende) im Verhältnis zu den anderen Büchern des SGB .....	22
1.3.1 SGB II, Familienförderung, SGB VIII .....	23
1.3.2 SGB II, Ausbildung und Arbeitsmarkt .....	24
1.3.3 SGB II, Armut, Wohngeld, SGB XII .....	24
1.4 Der praktische Fall: Rund um das Sozialgesetzbuch .....	25
<b>2 Träger, Zuständigkeiten und Verfahren nach dem SGB II</b> .....	26
2.1 Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende .....	26
2.1.1 Die Bundesagentur für Arbeit .....	27
2.1.2 Kommunale Träger .....	27
2.1.3 Einheitliche Aufgabenwahrnehmung .....	29
2.2 Wichtige Aspekte des Verwaltungsverfahrensrechts nach dem SGB X .....	30

## 6 Inhalt

2.2.1	Sozialverwaltungsverfahren . . . . .	30
2.2.2	Verwaltungsakt und öffentlich-rechtlicher Vertrag . . . . .	31
2.2.3	Rechtsschutz gegenüber Verwaltungshandeln . . . . .	31
2.3	Sozialverwaltungsverfahren nach dem SGB II . . . . .	32
2.3.1	Zuständigkeit . . . . .	32
2.3.2	Antragstellung . . . . .	32
2.3.3	Besonderheiten des Verfahrens nach dem SGB II . . . . .	33
2.4	Der praktische Fall: Wer ist zuständig für die Grundsicherung? . . . . .	34
<b>3</b>	<b>Leistungsberechtigung und Leistungen (SGB II)</b> . . . . .	<b>35</b>
3.1	Erwerbsfähige Leistungsberechtigte und ihre Bedarfsgemeinschaftsangehörigen . . . . .	35
3.1.1	Erwerbsfähige Leistungsberechtigte . . . . .	35
3.1.2	Personen, die mit einer erwerbsfähigen Person in Bedarfsgemeinschaft leben . . . . .	37
3.1.3	Leistungsrechtliche Konsequenzen der Zugehörigkeit zu einer Bedarfsgemeinschaft . . . . .	40
3.2	Leistungsausschlüsse nach dem SGB II . . . . .	40
3.2.1	Ausländische Staatsangehörige . . . . .	40
3.2.2	Auszubildende . . . . .	41
3.2.3	Sonstige Ausschlussstatbestände . . . . .	41
3.3	Übersicht über die Leistungen nach dem SGB II . . . . .	43
3.4	Der praktische Fall: Die „bröckelnde“ Kleinfamilie . . . . .	44
<b>4</b>	<b>Regelbedarf zur Sicherung des Lebensunterhalts und Mehrbedarfe (SGB II)</b> . . . . .	<b>45</b>
4.1	Der Regelbedarf zur Sicherung des Lebensunterhalts . . . . .	45
4.1.1	Der Regelbedarf . . . . .	45
4.1.2	Die Deckung des Regelbedarfs . . . . .	46
4.1.3	Die Fiktion der Bedarfsdeckung durch Regelleistungen . . . . .	46
4.2	Die Bemessung der Regelleistung . . . . .	47
4.2.1	Grundgesetzliche Vorgaben . . . . .	47
4.2.2	Die Regelbedarfsermittlung nach dem Statistikmodell . . . . .	48
4.2.3	Die Regelbedarfsfortschreibung . . . . .	48
4.3	Mehrbedarfstatbestände . . . . .	49
4.3.1	Leistungen an Schwangere und Alleinerziehende . . . . .	49

4.3.2	Leistungen an Menschen mit Behinderung und Kranke . . . . .	51
4.3.3	Leistungen zur Deckung eines Sondermehrbedarfs; Aufwendungen für Schulbücher . . . . .	51
4.4	Der praktische Fall: Der Weg in das SGB II . . . . .	52
<b>5</b>	<b>Bedarfe für Unterkunft und Heizung (SGB II)</b> . . . . .	<b>53</b>
5.1	Leistungen für Unterkunft und Heizung; Umzug . . . . .	53
5.1.1	Unterkunfts- und Heizungsbedarf . . . . .	53
5.1.2	Kosten der Unterkunft . . . . .	53
5.1.3	Kosten der Heizung. . . . .	55
5.2	Die Angemessenheitsprüfung . . . . .	55
5.2.1	Die abstrakte Angemessenheitsprüfung . . . . .	55
5.2.2	Die konkrete Angemessenheitsprüfung . . . . .	57
5.2.3	Die Modifikation der Angemessenheitskriterien bei Umzug . . . . .	58
5.3	Sonstige unterkunftsbezogene Leistungen . . . . .	59
5.3.1	Leistungen bei Wohnungswechsel . . . . .	59
5.3.2	Einmalige Leistungen . . . . .	60
5.3.3	Mehrbedarfsleistungen . . . . .	60
5.4	Der praktische Fall: Umzug auf Anordnung des Jobcenters? . . . . .	61
<b>6</b>	<b>Abweichende Leistungserbringung und weitere Leistungen (SGB II)</b> . . . . .	<b>63</b>
6.1	Abweichende Leistungserbringung . . . . .	63
6.1.1	Ergänzende Darlehen zur Deckung des Regelbedarfs . . . . .	63
6.1.2	Darlehensweise Leistungsgewährung bei zu erwartenden oder vorhandenen Eigenmitteln . . . . .	64
6.1.3	Erbringung der Regelleistung als Sachleistung. . . . .	66
6.2	Einmalige Leistungen . . . . .	66
6.2.1	Erstausstattung für Bekleidung . . . . .	67
6.2.2	Erstausstattung bei Schwangerschaft und Geburt . . . . .	67
6.2.3	Anschaffung bzw. Miete und Reparatur von orthopädischen und therapeutischen Hilfsmitteln . . . . .	68
6.3	Weitere Leistungen . . . . .	68
6.3.1	Vorschussleistungen auf Sozialversicherungsleistungen . . . . .	68
6.3.2	Zuschuss zu Versicherungsbeiträgen . . . . .	68
6.4	Der praktische Fall: Wenn das Geld nicht ausreicht . . . . .	69

<b>7</b>	<b>Leistungen für Auszubildende und Leistungen für Bildung und Teilhabe (SGB II)</b>	<b>70</b>
7.1	Leistungen für Auszubildende	70
7.1.1	Mehr- und Erstausrüstungsbedarf	70
7.1.2	Darlehen in besonderen Härtefällen	72
7.1.3	Zuschuss in besonderen Härtefällen	73
7.2	Leistungen für Bildung	73
7.2.1	Bedarfe von Schülerinnen und Schülern	73
7.2.2	Bedarfe von Kindern in einer Tageseinrichtung oder Kindertagespflege	74
7.2.3	Leistungsgewährung, berechnete Selbsthilfe	75
7.3	Leistungen für Teilhabe	75
7.3.1	Allgemeiner Teilhabebedarf	76
7.3.2	Weiterer Bedarf	76
7.3.3	Leistungsgewährung, berechnete Selbsthilfe	77
7.4	Der praktische Fall: Die unterschiedlichen Brüder	77
<b>8</b>	<b>Einkommens- und Vermögenseinsatz (SGB II)</b>	<b>79</b>
8.1	Einkommenseinsatz	79
8.1.1	Einkommen	79
8.1.2	Einkommenseinsatz	80
8.1.3	Nicht einzusetzendes Einkommen	81
8.2	Einkommensbereinigung	82
8.2.1	Der Grundgedanke der Einkommensbereinigung	82
8.2.2	Von jeglichem Einkommen abzusetzende Beträge	82
8.2.3	Sonderregelungen für die Bereinigung von Erwerbseinkommen	83
8.3	Vermögenseinsatz und Schonvermögen	85
8.3.1	Einzusetzendes Vermögen	85
8.3.2	Schonvermögen	85
8.3.3	Vermögensfreibeträge	86
8.4	Der praktische Fall: Hilfebedürftig trotz Arbeit	87
<b>9</b>	<b>Bedarfs- und Haushaltsgemeinschaft (SGB II)</b>	<b>89</b>
9.1	Der Einsatz von Eigenmitteln in der Bedarfsgemeinschaft	89
9.1.1	Die Bedürftigkeitsprüfung in Bedarfsgemeinschaften	89

9.1.2	Der Mitteleinsatz in der Bedarfsgemeinschaft . . . . .	89
9.1.3	Ausnahmen von der Einsatzverpflichtung . . . . .	90
9.2	Die horizontale Berechnungsmethode . . . . .	90
9.3	Der Einsatz von Eigenmitteln in der Haushaltsgemeinschaft . . . . .	91
9.3.1	Verwandte – Verschwägerete . . . . .	91
9.3.2	Die Rechtsfigur der Haushaltsgemeinschaft . . . . .	91
9.3.3	Leistungsvermutung und Widerlegung der Vermutung . . . . .	92
9.4	Der praktische Fall: Wie das Jobcenter rechnet . . . . .	93
<b>10</b>	<b>Verpflichtungen anderer, Nachforderung, Rückforderung . . . . .</b>	<b>94</b>
10.1	Vorrangige Verpflichtungen nach dem privaten Unterhaltsrecht des BGB . . . . .	94
10.1.1	Ehegattenunterhalt/Lebenspartnerschaftsunterhalt . . . . .	95
10.1.2	Unterhalt nach Scheidung, nachpartnerschaftlicher Unterhalt und Unterhalt aus Anlass der Geburt. . . . .	95
10.1.3	Verwandtenunterhalt. . . . .	96
10.2	Wichtige Aspekte des Leistungsrechts nach dem SGB I. . . . .	97
10.2.1	Allgemeine Vorschriften . . . . .	97
10.2.2	Grundsätze des Leistungsrechts . . . . .	97
10.2.3	Mitwirkung der Leistungsberechtigten. . . . .	98
10.3	Nachforderung und Rückforderung von Leistungen nach dem SGB X und SGB II . . . . .	99
10.3.1	Nachforderung und Rückforderung nach dem SGB X . . . . .	99
10.3.2	Abweichende Regelungen nach dem SGB II . . . . .	99
10.3.3	Übergang von Ansprüchen, Erstattungsanspruch . . . . .	100
10.4	Der praktische Fall: Das SGB II und die „Anderen“. . . . .	101
<b>11</b>	<b>Arbeitseingliederung und Sanktionen (SGB II) . . . . .</b>	<b>103</b>
11.1	Arbeitsverpflichtung und Arbeitseingliederung nach dem SGB II. . . . .	103
11.1.1	Die Arbeitsverpflichtung nach dem SGB II . . . . .	103
11.1.2	Die Eingliederungsvereinbarung . . . . .	104
11.1.3	Arbeitseingliederungsmaßnahmen . . . . .	104
11.2	Die Zumutbarkeit einer Arbeitsaufnahme. . . . .	105
11.2.1	Grundsatz . . . . .	105

## 10 Inhalt

11.2.2	Unzumutbarkeit einer Arbeitsaufnahme . . . . .	105
11.2.3	Gesetzlich ausgeschlossene Unzumutbarkeitsgründe . . . . .	106
11.3	Sanktionen . . . . .	106
11.3.1	Sanktionstatbestände . . . . .	106
11.3.2	Rechtsfolgen einer Pflichtverletzung . . . . .	107
11.3.3	Sonderregelungen für Leistungsberechtigte unter 25 Jahren . . . . .	109
11.4	Der praktische Fall: Der Pädagoge als Küchenhelfer . . . . .	109
<b>12</b>	<b>Existenzsicherung nach dem SGB XII</b> . . . . .	<b>111</b>
12.1	Leistungen . . . . .	111
12.1.1	Allgemeine Grundlagen . . . . .	112
12.1.2	Leistungen nach dem 3. und 4. Kapitel . . . . .	113
12.1.3	Leistungen nach dem 5. bis 9. Kapitel . . . . .	114
12.2	Leistungsberechtigte . . . . .	115
12.2.1	Leistungsberechtigte für Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (4. Kapitel SGB XII) . . . . .	115
12.2.2	Leistungsberechtigung für Hilfe zum Lebensunterhalt (3. Kapitel SGB XII) . . . . .	116
12.2.3	Einschränkung der Leistung (§§ 26 Abs. 1, 39a SGB XII) . . . . .	117
12.3	Einsatz von Einkommen und Vermögen, Einsatz- und Wohngemeinschaft, Inanspruchnahme der Leistungsberechtigten und Dritter . . . . .	118
12.3.1	Einsatz von Einkommen und Vermögen . . . . .	118
12.3.2	Einsatz- und Wohngemeinschaft . . . . .	119
12.3.3	Inanspruchnahme der Leistungsberechtigten und Dritter . . . . .	120
12.4	Der praktische Fall: Ottilies Fragen . . . . .	120
<b>13</b>	<b>Existenzsicherung nach dem AsylbLG</b> . . . . .	<b>122</b>
13.1	Leistungen . . . . .	123
13.1.1	Grundleistungen (§ 3 AsylbLG) . . . . .	123
13.1.2	Leistungen bei Krankheit, Schwangerschaft und Geburt (§ 4 AsylbLG) . . . . .	126
13.1.3	Sonstige Leistungen (§ 6 AsylbLG) . . . . .	127
13.2	Leistungsberechtigte . . . . .	127
13.2.1	Leistungsberechtigte ohne Anspruchseinschränkung (§ 1 AsylbLG) . . . . .	127

13.2.2	Leistungsberechtigte mit Anspruchseinschränkung (§§ 1a, 14, 11 Abs. 2 AsylbLG) . . . . .	128
13.2.3	Leistungsberechtigte in besonderen Fällen (§ 2 AsylbLG) . . . . .	129
13.3	Einsatz von Einkommen und Vermögen, Wahrnehmung von Arbeitsgelegenheiten und sonstige Bestimmungen . . . . .	130
13.3.1	Einsatz von Einkommen und Vermögen (§§ 7, 7a AsylbLG) . . . . .	130
13.3.2	Wahrnehmung von Arbeitsgelegenheiten und Teilnahme an Integrationskursen (§ 5–5b AsylbLG) . . . . .	130
13.3.3	Sonstige Bestimmungen (§§ 6a, 8a, 13 AsylbLG) . . . . .	131
13.4	Der praktische Fall: Amaru und Tayo . . . . .	131
<b>14</b>	<b>Entgeltersatzleistungen</b> . . . . .	<b>133</b>
14.1	Arbeitslosengeld I nach dem SGB III . . . . .	133
14.1.1	Leistungen . . . . .	134
14.1.2	Leistungsberechtigte . . . . .	135
14.1.3	Verfahren . . . . .	136
14.2	Weitere Entgeltersatzleistungen nach dem SGB III . . . . .	137
14.2.1	Übergangsgeld und Ausbildungsgeld . . . . .	137
14.2.2	Insolvenzgeld . . . . .	137
14.2.3	Kurzarbeitergeld . . . . .	138
14.3	Krankengeld nach dem SGB V . . . . .	139
14.3.1	Leistungen . . . . .	139
14.3.2	Leistungsberechtigte . . . . .	140
14.3.3	Verfahren . . . . .	141
14.4	Der praktische Fall: Immer wieder arbeitslos . . . . .	141
	<b>Anhang</b> . . . . .	<b>144</b>
	Musterlösungen . . . . .	144
	<b>Literatur</b> . . . . .	<b>173</b>
	<b>Sachregister</b> . . . . .	<b>176</b>

# Abkürzungsverzeichnis

<b>a.a.O.</b>	am angegebenen Ort
<b>ALG II-VO</b>	Verordnung zur Berechnung von Einkommen sowie zur Nichtberücksichtigung von Einkommen und Vermögen beim Arbeitslosengeld II/Sozialgeld (Arbeitslosengeld II/ Sozialgeld-Verordnung)
<b>Alt.</b>	Alternative
<b>Art.</b>	Artikel
<b>AsylbLG</b>	Asylbewerberleistungsgesetz
<b>AsylbLGDV,HE</b>	Verordnung zur Durchführung des Asylbewerberleistungsgesetzes Hessen
<b>AsylG</b>	Asylgesetz
<b>AufenthG</b>	Gesetz über den Aufenthalt, die Erwerbstätigkeit und die Integration von Ausländern im Bundesgebiet (Aufenthaltsgesetz)
<b>BA (-FW)</b>	Bundesagentur für Arbeit (- Fachliche Weisungen SGB II)
<b>BAföG</b>	Bundesausbildungsförderungsgesetz
<b>BB</b>	Betriebs-Berater (Zeitschrift)
<b>BEEG</b>	Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz
<b>BerRehaG</b>	Gesetz über den Ausgleich beruflicher Benachteiligungen für Opfer politischer Verfolgung im Beitrittsgebiet (Berufliches Rehabilitierungsgesetz)
<b>BG</b>	Bedarfsgemeinschaft
<b>BGB</b>	Bürgerliches Gesetzbuch
<b>BGBI.</b>	Bundesgesetzblatt
<b>BKGG</b>	Bundeskindergeldgesetz
<b>BMAS</b>	Bundesministerium für Arbeit und Soziales
<b>BSG</b>	Bundessozialgericht
<b>BSGE</b>	Amtliche Sammlung der Entscheidungen des Bundessozialgerichts
<b>BSHG</b>	Bundessozialhilfegesetz in der Fassung bis zum 31.12.2004
<b>BT-Drs.</b>	Bundestagsdrucksache
<b>BVerfG</b>	Bundesverfassungsgericht
<b>DT</b>	Düsseldorfer Tabelle

<b>DV</b>	Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge
<b>DVP</b>	Deutsche Verwaltungspraxis (Zeitschrift)
<b>eIb</b>	Erwerbsfähige/r Leistungsberechtigte/r
<b>ESTG</b>	Einkommensteuergesetz
<b>EVS</b>	Einkommens- und Verbrauchsstichprobe des Statistischen Bundesamtes
<b>FamFG</b>	Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit
<b>FamRZ</b>	Zeitschrift für das gesamte Familienrecht
<b>FEVS</b>	Fürsorgerechtliche Entscheidungen der Verwaltungs- und Sozialgerichte (Entscheidungssammlung)
<b>gA</b>	Gewöhnlicher Aufenthalt
<b>G-BA</b>	Gemeinsamer Bundesausschuss
<b>GG</b>	Grundgesetz
<b>gKV</b>	Gesetzliche Krankenversicherung
<b>i.V.m.</b>	in Verbindung mit
<b>Hs.</b>	Halbsatz
<b>HSRB</b>	Handbuch Sozialrechtsberatung
<b>Leits.</b>	Leitsatz, Leitsätze
<b>LPartG</b>	Lebenspartnerschaftsgesetz
<b>LSG</b>	Landessozialgericht
<b>MAIS</b>	Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen
<b>NDV(-RD)</b>	Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge (- Rechtsprechungsdienst)
<b>NJW</b>	Neue juristische Wochenschrift
<b>Nr(n).</b>	Nummer(n)
<b>NVwZ(-RR)</b>	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht (- Rechtsprechungsreport)
<b>NZFam</b>	Neue Zeitschrift für Familienrecht
<b>NZM</b>	Neue Zeitschrift für Miet- und Wohnungsrecht
<b>NZS</b>	Neue Zeitschrift für Sozialrecht
<b>RBEG</b>	Regelbedarfsermittlungsrecht
<b>Rn.</b>	Randnummer(n)
<b>SGb</b>	Die Sozialgerichtsbarkeit (Zeitschrift)
<b>SGB</b>	Sozialgesetzbuch
<b>SGB I</b>	Erstes Buch Sozialgesetzbuch (Allg. Teil)
<b>SGB II</b>	Zweites Buch Sozialgesetzbuch (Grundsicherung für Arbeitsuchende)
<b>SGB III</b>	Drittes Buch Sozialgesetzbuch (Arbeitsförderung)
<b>SGB IV</b>	Viertes Buch Sozialgesetzbuch (Gemeinsame Vorschriften für die Sozialversicherung)
<b>SGB V</b>	Fünftes Buch Sozialgesetzbuch (Gesetzliche Krankenversicherung)

## 14 Abkürzungsverzeichnis

<b>SGB VI</b>	Sechstes Buch Sozialgesetzbuch (Gesetzliche Rentenversicherung)
<b>SGB VII</b>	Siebtes Buch Sozialgesetzbuch (Gesetzliche Unfallversicherung)
<b>SGB VIII</b>	Achtes Buch Sozialgesetzbuch (Kinder- und Jugendhilfe)
<b>SGB IX</b>	Neuntes Buch Sozialgesetzbuch (Rehabilitation und Teilhabe)
<b>SGB X</b>	Zehntes Buch Sozialgesetzbuch (Verwaltungsverfahren)
<b>SGB XI</b>	Elftes Buch Sozialgesetzbuch (Soziale Pflegeversicherung)
<b>SGB XII</b>	Zwölftes Buch Sozialgesetzbuch (Sozialhilfe)
<b>SGG</b>	Sozialgerichtsgesetz
<b>SR</b>	Soziales Recht (Zeitschrift)
<b>StVollzG</b>	Gesetz über den Vollzug der Freiheitsstrafe und der freiheitsentziehenden Maßregeln der Besserung und Sicherung (Strafvollzugsgesetz)
<b>UVG</b>	Unterhaltsvorschussgesetz
<b>VA(e)</b>	Verwaltungsakt(e)
<b>WoGG</b>	Wohngeldgesetz
<b>ZFSH/SGB</b>	Zeitschrift für die sozialrechtliche Praxis

Es haben bearbeitet:

Reinhard Wabnitz: Kap. 1, 2, 10, 14

Jürgen Sauer: Kap. 3–9, 11

Markus Fischer: Kap. 12, 13

# Einleitung

In Umsetzung der ‚Agenda 2010‘ wurde im Jahr 2005 das Existenzsicherungsrecht, um das es in diesem Buch geht, neu geregelt. Die Bundesregierung hatte damit Vorschläge der ‚Kommission für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt‘ – nach ihrem Vorsitzenden auch Hartz-Kommission genannt – aufgegriffen. Mit einem Maßnahmenbündel sollten u. a. der Arbeitsmarkt flexibler gestaltet und die öffentlichen Finanzen konsolidiert werden. Einen wichtigen Aspekt der Arbeitsmarktreformen erläuterte Bundeskanzler Schröder in seiner Regierungserklärung vom 14.03.2003 folgendermaßen:

„Wir brauchen [...] Zuständigkeiten und Leistungen aus einer Hand. Damit steigern wir die Chancen derer, die arbeiten können und wollen. Das ist der Grund, warum wir die Arbeitslosen- und Sozialhilfe zusammenlegen werden, und zwar einheitlich auf einer Höhe – auch das gilt es auszusprechen –, die in der Regel dem Niveau der Sozialhilfe entsprechen wird“ (Deutscher Bundestag 2003, 2485).

Umgesetzt wurde diese Ankündigung mit dem ‚Vierten Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt‘, in Anlehnung an die Kommissionsvorschläge auch ‚Hartz IV‘ genannt. Als ein neues Leistungsgesetz wurde das SGB II (Grundsicherung für Arbeitsuchende) geschaffen, die Sozialhilfe wurde im SGB XII neu geordnet. Erwerbsfähige Hilfebedürftige und ihre nicht erwerbsfähigen Bedarfsgemeinschaftsangehörigen erhalten damit seit dem 01.01.2005 die existenzsichernden Leistungen Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld, im langjährigen Durchschnitt rund 6 Millionen Menschen.

„Hartz IV“ steht seit Jahren in der Kritik von Betroffenenorganisationen und Wohlfahrtsverbänden (vgl. die Zusammenstellung bei [www.sozialpolitik-aktuell.de/tf-sozialstaat.html](http://www.sozialpolitik-aktuell.de/tf-sozialstaat.html)). Die in Verfassungsbeschwerden oder Richtervorlagen (Art. 100 GG) formulierten Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit des SGB II hatten vor dem BVerfG teilweise Erfolg und führten zu Modifikationen der Bemessung von Leistungen für Mehrpersonenhaushalte oder von Kindern. Ein Teil der Regelungen zu

Leistungskürzungen, die gesetzlich bei der Verletzung von Pflichten aus dem SGB II vorgesehen sind, wurden vom BVerfG für verfassungswidrig erklärt (Einzelheiten dazu in Kap. 11.3). Trotz dieser verfassungsgerichtlichen Korrekturen kann das SGB II mittlerweile zum ‚gesicherten Bestand‘ des Sozialgesetzbuchs gezählt werden.

Die nachfolgenden Kapitel beschäftigen sich im Schwerpunkt mit den Existenzsicherungsleistungen nach dem SGB II. Die zahlenmäßig kaum noch ins Gewicht fallenden existenzsichernden Leistungen nach dem SGB XII und das Sondersystem der Asylbewerberleistungen werden im Überblick dargestellt.

# 1 Existenzsicherungsleistungen im System der sozialen Sicherung

Das für die Soziale Arbeit und das Sozialrecht in Deutschland wichtigste Gesetz ist das Sozialgesetzbuch (SGB) (dazu: BMAS 2019, Frings 2018, Herborth 2014, Kokemoor 2020, Palsherm 2015). 1975 ist das Erste Buch (Allgemeiner Teil) des SGB verabschiedet worden, das bis ins Jahr 2021 auf zwölf Bücher (SGB I bis XII) angewachsen ist (zum Ganzen: GK-SRB 2018; zur historischen Entwicklung: ISS/Wabnitz 2011, Kap. 2.1).

Eine Reihe wichtiger Vorprägungen erhält das Sozialrecht bereits durch das Grundgesetz (GG): u. a. durch dessen Staatsprinzipien nach Art. 20 und 28 GG, insbesondere durch die Prinzipien von Sozialstaat, Rechtsstaat und Bundesstaat, und durch die Grundrechte nach Art. 1 GG (Menschenwürde, Menschenrechte), Art. 2 sowie 4 bis 17 GG (Freiheitsgrundrechte) und Art. 3 GG (Gleichheitsgrundrechte) (dazu im Einzelnen: Wabnitz 2016, Kap. 8). Nach der Rechtsprechung des BVerfG besteht aufgrund von Art. 1 Abs. 1 GG in Verbindung mit dem Sozialstaatsprinzip ein Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums. Das Grundrecht sichert jedem Hilfebedürftigen diejenigen materiellen Voraussetzungen zu, die für seine physische Existenz und für ein Mindestmaß an Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben unerlässlich sind. (Urteile vom 09.02.2010, NVwZ 2010, 27; 23.07.2014, NJW 2014, 3425).

## 1.1 Gegenstand und Aufgaben des Sozialrechts

### 1.1.1 Aufgaben nach dem SGB

Die wesentlichen Ziele und Aufgaben des Sozialgesetzbuchs sind nach § 1 Abs. 1 SGB I: Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit und sozialer Sicherheit. Und gemäß § 1 Abs. 2 SGB I soll das Recht des SGB auch dazu beitragen, dass die dafür erforderlichen sozialen Dienste und

Einrichtungen rechtzeitig und ausreichend zur Verfügung stehen, z.B. Beratungsstellen, Heime, Tageseinrichtungen (Näheres bei Wabnitz 2020, Kap. 10; BMAS 2017, Einführung; HSRB 2020).

### 1.1.2 Soziale Rechte

Gemäß § 2 Abs. 1 S. 1 SGB I dienen „der Erfüllung der in § 1 genannten Aufgaben die nachfolgenden sozialen Rechte“. Diese „sozialen Rechte“ sind in den §§ 2 bis 10 SGB I umschrieben, beinhalten gemäß § 2 Abs. 1 S. 2 SGB I keine Leistungsansprüche (BMAS 2019, 11; Trenczek et al. 2018, Kap. III. 1), aber „Auslegungsregeln“ mit dem Ziel, „dass die sozialen Rechte möglichst weitgehend verwirklicht werden“ (§ 2 Abs. 2 SGB I). Aufgaben, „Soziale Rechte“ und ggf. einklagbare individuelle Leistungsansprüche ergeben sich aus der auf den ersten Blick schwer durchschaubaren „Normenpyramide“ des SGB.

#### **Aufgaben, soziale Rechte und Ansprüche nach dem SGB**

Übersicht 1

1. Aufgaben des SGB: § 1 SGB I (Programmsatz – ohne individuelle Ansprüche)
2. „Soziale Rechte“: §§ 2, 3 bis 10 SGB I (Auslegungsregeln bzw. Leitlinien für die Anwendung des gesamten SGB – ohne individuelle Ansprüche)
3. Übersicht über die einzelnen Sozialleistungen und zuständigen Leistungsträger: §§ 18 bis 29 SGB I (als „Einweisungsvorschriften“ zum Überblick über Leistungen und Leistungsträger nach dem SGB – ebenfalls ohne individuelle Ansprüche)
4. Ansprüche allgemeiner Natur nach dem SGB I: etwa auf Beratung (§ 14 SGB I), Wahrung des Sozialgeheimnisses (§ 35 Abs. 1 SGB I) oder auf pflichtgemäße Ausübung des Ermessens (§ 39 Abs. 1 S. 2 SGB I)
5. Individuelle Ansprüche auf bestimmte Sozialleistungen nach den Büchern II, III, V bis IX, XI und XII des SGB aufgrund spezieller Regelungen. Dort finden sich die für den Bürger jeweils primär wichtigen, weil konkreten und damit „harten“ und grundsätzlich einklagbaren, Rechtsgrundlagen für die Erbringung und Durchsetzung von Sozialleistungen.